

Vorlage für die Rede der Vorsitzenden der Limburger FDP-Fraktion, Marion Schardt-Sauer, in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. September 2021 zum

TOP:

Stellungnahme der Stadt Limburg im Rahmen der Auslegung des Planentwurfs – Luftreinhalteplan

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede

Lassen Sie es mich zu Beginn deutlich sagen: Die Auswirkungen dessen, worüber wir hier diskutieren, ein Fahrverbot auf Limburgs zentraler Verkehrsachse, könnten für die Limburger Bürgerinnen und Bürger und für den Wirtschaftsstandort kaum gravierender sein.

Ich will Ihnen ehrlich sagen, dass mich die Thematik ernsthaft beunruhigt. Die Stellungnahmen der IHK hierzu etwa spricht für sich, und offenkundig sind sich alle Beteiligten bewusst, was für Limburg auf dem Spiel steht.

Wenn es nicht so ernst wäre müsste man schmunzeln über die Show, und die Darsteller von SPD und CDU in den letzten Tagen aufgeführt haben.

Man könnte wirklich fast den Eindruck bekommen, dass sich ein klassisches Drama dem letzten Akt nähert. Die Helden geraten unverschuldet in eine ausweglose Situation und benötigen nun die Hilfe der Bürgerinnen und Bürger.

Aber ich will es deutlich sagen: Nichts an dieser Entwicklung ist unverschuldet!

Was wir erleben ist kein klassisches Drama, sondern vielmehr eine schlecht geschriebene Seifenoper

Aber lassen Sie mich vorne beginnen.

Die Thematik Fahrverbote ist nicht neu. Neu sind nicht die von massiver Öffentlichkeitsarbeit flankierten Klageverfahren der DUH. Über deren Beitrag zum Allgemeinwohl möge sich jeder selbst ein Urteil bilden.

Neu ist auch nicht, dass sich mit den von Bündnis 90 Die Grünen verantworteten Ministerien Verkehr und Umwelt die entscheidenden

Akteure der Landesregierung vor einer deutlichen Positionierung drücken.

Sie drücken sich weil sie den Konflikt mit ihrer Vorfeldorganisation scheuen, die sie im Übrigen selbst mit lukrativen Aufgaben etwa im Bereich von Öffentlichkeits- und Akzeptanzmaßnahmen beauftragt haben.

Neu ist auch nicht, dass die CDU geführte Staatskanzlei in Wiesbaden bei diesem Thema gerne wegschaut.

Wer die Entwicklung in anderen Kommunen in den zurückliegenden Monaten und Jahren verfolgt hat, der musste erkennen, dass die öffentliche und politische Diskussion um Fahrverbote zur Verringerung von Stickoxiden eine Eigendynamik angenommen haben.

Wir stehen heute kurz davor, dass die Landesregierung Fahrverboten in Limburg den Weg ebnet, um sich des lästigen Klageverfahrens mit der Umwelthilfe zu entledigen.

Es war absehbar.

Es war sehr deutlich absehbar.

Dass nun CDU und SPD, also die Parteien, die den Bürgermeister und den ersten Stadtrat stellen, offenbar keine anderen Handlungsoptionen sehen, als die Limburger Bürgerinnen und Bürger auffordern, sich an der Konsultation zum Entwurf des Luftreinhalteplans zu beteiligen, um die Landesregierung zum Umdenken zu bewegen kann ich nur als Ausdruck purer Verzweiflung verstehen.

Und ich will Ihnen auch sagen, dass ich Ihnen glaube, dass Sie verzweifelt sind. Sie wissen nämlich um Ihre Verantwortung, um Ihre Rolle in diesem Stück. Sie wissen, dass Sie ganz entscheidend dazu beigetragen haben, dass es so weit gekommen ist.

Daher will ich Ihnen erneut versuchen zu helfen. Es ist nämlich keinesfalls so, dass sie der Landesregierung hilflos ausgeliefert sind. Dies war zu keinem Zeitpunkt so, und so ist es auch heute nicht.

Aber leider kann ich es ihnen dabei nicht ersparen, einmal zurückzuschauen und Ihre Rolle in diesem Drama zu beleuchten.

Sie kennen die Rechtsgrundlage von Fahrverboten im Bundesimmissionsschutzgesetz.

Sie wissen, dass eine solche Verhängung das Einvernehmen der zuständigen Straßenverkehrsbehörden, also die von Stadt und Kreis, erfordert.

Einvernehmen, das bedeutet vollumfängliches Einverständnis.

Ein viel stärkeres Mitspracherecht von Stadt und Kreis kann einem das Gesetz kaum gewähren.

Ich glaube Ihnen, Herr Bürgermeister und Herr Stadtrat, dass sie in den zurückliegenden Jahren viele Gespräche mit dem Land geführt haben. Ich fürchte nur, dass Sie versäumt haben, einen Satz sehr früh und sehr deutlich auszusprechen.

Er hätte lauten sollen: „Die Stadt Limburg wird keinesfalls das Einvernehmen zu streckenbezogenen Fahrverboten erteilen. Keinesfalls!“.

Sie hätten vor Jahren bei der Landesregierung ein klares Stoppschild aufstellen können.

Sie hätten unsere volle Rückendeckung gehabt. Das Drama hätte eine völlig andere Wendung genommen. Fahrverbote stünden heute nicht vor der Haustüre.

So aber haben Sie früh erkennen lassen, dass sie zwar in Sonntagsreden lautstark Fahrverbote verteufeln, aber nicht bereit sind, in den harten, aber notwendigen Konflikt mit der Landesregierung zu gehen.

Sie haben sich frühzeitig verzockt.

Es musste der Landesregierung klar sein, dass aus Limburg kein wirklicher Widerstand kommt.

Sie haben klar gemacht, dass Sie nur zum Schaukampf bereit sind. Und so war es sonnenklar, dass Land und Umwelthilfe vereinbaren, den Streit beizulegen, zu Lasten der Limburger Bürgerinnen und Bürger und des Wirtschaftsstandorts.

Dass Sie nun Bürgerinnen und Bürger ermuntern, sich einzumischen: Ich begrüße jede einzelne Stellungnahme der Limburger Bürgerinnen und Bürger, sie kann uns nur helfen. An Ihre Adresse jedoch: Zu spät, zu wenig.

Aber, wie gesagt, ich möchte helfen. Und ich bin überzeugt dazu müssen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch Sie, Herr Bürgermeister, und Sie, Herr Stadtrat, Briefe schreiben.

Es ist noch nicht zu spät.

Herr Bürgermeister Hahn, ich fordere Sie auf, gemeinsam mit Herrn Landrat Köberle an den Hessischen Verkehrsminister zu schreiben.

Erklären Sie klar und unmissverständlich, dass es kein Einvernehmen der Stadt Limburg geben wird. Erklären Sie auch, dass Sie es nicht akzeptieren werden, wenn der Grüne Verkehrsminister im Rahmen der Fachaufsicht das eigentlich von Ihnen auszusprechende Einvernehmen ersetzt.

Erklären Sie unmissverständlich, jegliches Rechtsmittel auch hinsichtlich der Verfahrensführung ausschöpfen zu werden.

Herr Stadtrat Stahnke, ich fordere Sie auf, Ihren Einfluss auf Ihren Parteikollegen, den Hessischen Ministerpräsidenten zu nutzen, und diesen aufzufordern, auf seine Kabinettsmitglieder einzuwirken, damit diese den Rechtsstreit mit der Umwelthilfe nicht zu Lasten der Limburger Bürgerinnen und Bürger beilegen.

Bislang lief in diesem Stück alles nach Plan der Landesregierung. Noch können Sie das Drehbuch beeinflussen und Schaden von Limburg abwenden.

Wenn Sie es wirklich wollen.

Anmerkung:

Die FDP-Fraktion hat sich enthalten, weil ihr der Widerstand nicht weit genug ging.